



Bundesministerium für Soziales, Gesundheit,  
Pflege und Konsumentenschutz  
Herrn Bundesminister Johannes Rauch  
Stubenring 1  
1010 Wien

an: johannes.rauch@sozialministerium.at

cc: mila.pohl@sozialministerium.at, post@sozialministerium.at

Biedermansdorf, 10. November 2023

Betrifft: Gesetzesvorschlag Gebrauchshundesport und gemeinsames Gespräch

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rauch,

am 7. November durften wir beobachten, wie Sie eine Petition mit einigen wenigen hundert Unterschriften öffentlichkeitswirksam entgegengenommen haben, obwohl mittlerweile bekannt ist, dass die Petition auf Falschinformationen und bewussten Täuschungen einer Organisation basiert. Die gesamte Kampagne dieser Organisation wird mittlerweile sogar von Juristen geprüft, weil gesetzliche, aber auch moralische Grenzen deutlich überschritten wurden. Durch Ihre Teilnahme entsteht dabei leider der Eindruck, als würden die Grünen eine solche Täuschung der Menschen in Österreich und das Überschreiten von Grenzen des Anstands befürworten.

Einer Gesprächsaufforderung des ÖKV, der die Interessen aller verantwortungsvollen Hundehalter in Österreich vertritt, sind Sie bisher nicht nachgekommen, obwohl dieses Ansinnen mittlerweile von über 20.000 Hundefreunden unterstützt wird. Da stellt sich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.

Wir nützen dieses Schreiben aber auch, um noch einmal eindringlich vor einem Fehler zu warnen. Es braucht gehorsame, wesensstarke Hunde, die sich und ihre Motivation unter Kontrolle haben, um Bissunfälle zu vermeiden. Ein Verbot des Gebrauchshundesports ist daher klar kontraproduktiv. Es braucht ein Training unter kontrollierten Bedingungen und mit Experten. Nur so ist eine optimale Ausbildung des Hundes zu gewährleisten, die eine höchstmögliche Sicherheit bietet. Ein Hund, der das Gebrauchshundetraining absolviert, stellt die höchste Form der Alltagstauglichkeit eines Tieres dar. Ein Training zu verbieten, das all das gewährleistet und sicherstellt, dass Hunde keinen Menschen beißen, ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Es braucht vielmehr endlich Maßnahmen, die verantwortungslose Hundehalter in die Verantwortung und in die Pflicht nehmen. Ein Hund verlangt eine artgerechte Haltung und eine tiefgreifende Ausbildung gemeinsam mit dem Halter, um das Risiko von Bissunfällen sowie Konflikte zwischen



## IHR PARTNER IN HUNDEFRAGEN

Hundehaltern und Menschen zu minimieren. Denn ein Training gewährleistet, dass Mensch und Hund aufeinander abgestimmt sind und einander kennen. Nur dann treffen beide auch in Stresssituationen die richtigen Entscheidungen. Ein bundesweiter Sachkundenachweis und eine fundierte Ausbildung des Hundes sind also die ersten beiden Glieder in der Fehlerkette verantwortungsloser Hundehalter, die beseitigt werden müssen. Das erhöht die Sicherheit für Menschen und entspricht voll und ganz dem Gedanken des Tierschutzes.

Wir fordern Sie daher noch einmal auf, vor der Formulierung eines Gesetzesvorschlages den ÖKV miteinzubeziehen, die die Falschinformationen selbsternannter Tierschützer richtigstellen. Ein Gespräch verknüpfen wir gerne mit der nochmaligen Einladung zur Teilnahme an einem Hundetraining, um Ihnen zu zeigen, dass es sich beim Gebrauchshundesport um kein aggressionsförderndes Training handelt.

Sollten Sie dieser Einladung nicht nachkommen, müssen wir wohl zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen eine Sanktionspolitik gegen verantwortungsvolle Menschen verfolgen, die in diesem Fall – zum Wohle ihrer Mitmenschen – mit viel Arbeit, Aufwand, Hingabe und Leidenschaft ihren Hund trainieren und alltagstauglich machen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Kreiner  
Präsident